

Stellungnahme des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen e.V. zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Ausbildungsoffensive an der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Der Gesetzesentwurf soll in erster Linie die im Zuge der Ausbildungsoffensive notwendigen Anpassungen hinsichtlich des Gesetzes über die Hochschule Meißen (FH) und des Gesetzes zu Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen (Fachhochschule-Meißen-Gesetz) abbilden.

Die Einführung des Bachelorstudienganges Digitale Verwaltung an der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum (HSF Meißen) wird vom SBB begrüßt.

Die im Rahmen der Änderungen des Fachhochschule-Meißen-Gesetzes geplante Zusammenlegung der Ämter des Kanzlers und Leiters des Fortbildungszentrums kann von unserer Warte her nicht eindeutig beurteilt werden. Daher werden wir hierzu keine Wertung abgeben.

Die Anhebung des Eingangsamtes für die Vollzugsbeamten im Abschiebungshaft- und Ausreisegewahrsamsvollzugsdienstes wird begrüßt. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die Beamtinnen und Beamten, die in diesem Bereich schon tätig sind, nicht benachteiligt werden. Dies bedeutet im Prinzip, dass diese Beamtinnen und Beamten jeweils um eine Besoldungsgruppe befördert werden müssen. Ansonsten treten hier Nachteile ein, die sich auf die Motivation der betroffenen Kolleginnen und Kollegen auswirken könnte.